

AJ

Ausschuß für Wissenschaft und Forschung

Protokoll

6. Sitzung (nicht öffentlich)

17. Januar 1990

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 15.15 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Schultz-Tornau (F.D.P.)

Stenographin: Niemeyer

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Aktuelle Viertelstunde

- a) **Studiensituation im Fach Regionalwissenschaften an der Universität zu Köln**
(Bitte um Stellungnahme des Abgeordneten Dr. Posdorf [CDU])

1

Im Anschluß an einen einführenden Bericht der Ministerin einigen sich Antragsteller und Ministerin darauf, die Diskussion nach Eingang einer Stellungnahme der Hochschule fortzusetzen.

- b) **Erlaß des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung zur Finanzierung der Studentenwerke**
(Auskunftsersuchen der Fraktion DIE GRÜNEN)

4

Die Ministerin hebt in ihrer Stellungnahme hervor, Sinn dieses Erlasses sei die Erinnerung an eine den Grundsätzen kaufmännischer Gepflogenheiten entsprechende Buchführung; nicht in Rede ständen bei diesem Erlaß etwa Preiserhöhungen.

Seite

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1991 (Haushaltsgesetz 1991)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/800

Einzelplan 06 - Ministerium für Wissenschaft und Forschung 6

Im Anschluß an den Einführungsbericht der Ministerin tragen Mehrheitsfraktion und Opposition ihre konträren Ansichten über die finanzielle Ausstattung des Einzelplanes 06 in diesem und den vergangenen Jahren vor.

3 Hochschulausbauprogramm des Landes und Planungen zum 21. Rahmenplan nach dem Hochschulbauförderungsgesetz 10

Die sich an den Bericht der Ministerin anschließende Diskussion steht unter den Stichworten: "Wohnraum für Pflegekräfte", "Ausbau der Fachhochschulen", "Abteilung Bocholt" und "Nutzung des Geländes der Richmond-Kaserne".

**2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1991
(Haushaltsgesetz 1991)**Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/800

Einzelplan 06 - Ministerium für Wissenschaft und Forschung

(Die Einführungsrede der Ministerin ist diesem Protokoll als Anlage beigelegt.)

Abgeordneter Mohr (CDU) stellt fest, daß zwar inzwischen Bemühungen unternommen würden, den Fachhochschulen die dringend notwendige Unterstützung zu gewähren, die Gesamthochschulen, die einen sehr hohen Anteil von Fachhochschülern betreuten, aber von den Maßnahmen ausgeschlossen blieben.

Ministerin Brunn erwidert, in den Gesamthochschulen, die die höchsten Zuwächse an Studienanfängerinnen und -anfängern in den vergangenen Jahren und auch jetzt wieder zu verkräften gehabt hätten, geschehe Vergleichbares. Die Gesamthochschulen als im Aufbau befindliche Einrichtungen hätten von vielfältigen Maßnahmen sowohl im Baubereich als auch auf dem Personalsektor, nicht zuletzt im Rahmen des Hochschulsonderprogramms I, stark profitiert. Eine Überprüfung der einzelnen Standorte der Gesamthochschulen ergäbe, daß keineswegs Stagnation eingetreten sei. Nur existierten an den Fachhochschulen flächendeckend in einer großen Zahl von Studiengängen Überlast und Zulassungsbeschränkungen, so daß es zunächst gelte, hier mit raumbezogenen und personellen Vorhaben anzusetzen.

Es gehe generell um ein Sowohl-Als-auch, denn Fachhochschulen und Gesamthochschulen zusammen würden von knapp der Hälfte der Studierenden in Nordrhein-Westfalen besucht.

Leitender Ministerialrat Dr. Fleischer (Ministerium für Wissenschaft und Forschung) ergänzt die Ausführungen anhand des Beispiels der Universität - Gesamthochschule - Paderborn. Der Zuwachs in Titelgruppe 94 komme gezielt den

Hochschulen mit dem größten Nachholbedarf aufgrund veränderter Strukturen unter Einbeziehung der Studienanfängerzahlen zugute. Dabei hätten die Gesamthochschulen und insbesondere der Standort Paderborn sehr gut abgeschnitten.

Abgeordneter Apostel (SPD) bringt seine Zufriedenheit über die im Haushaltsplanentwurf für den Einzelplan 06 erzielten Zuwachsraten zum Ausdruck. Ein Zunehmen der Schwierigkeiten an den Hochschulen allerdings sei davon völlig unabhängig.

Es dürfe, entgegnet **Abgeordneter Dr. Posdorf (CDU)**, angesichts erstaunlicher Steigerungen nicht in Vergessenheit geraten, daß man diese Erhöhungen in den letzten Jahren vermißt habe. Wären sie auch in den vergangenen fünf Jahren zu verzeichnen gewesen, sähe die Situation an den Hochschulen heute anders aus. Die bestehenden Defizite - beim räumlichen Ausbau sei zum Teil noch nicht einmal das nach Studienplatzzielzahl Erforderliche erreicht; die Überlast betrage bis zu 200 %; die Studentenzahlen nähmen in eklatanter Weise zu - könnten mit Hilfe dieses Haushalts mitnichten behoben werden.

Die eben von Herrn Apostel verkündete Euphorie teile er nicht.

Der **Vorsitzende** stellt zur Diskussion, ob die von Herrn Apostel an den Tag gelegte "Bescheidenheit" gemessen daran, daß die Finanzausstattung der Hochschulen seit Jahren hinter den Bedürfnissen hinterherhinke, angemessen sei, wolle man den Hochschulen ermöglichen, die ihnen obliegenden Aufgaben zu erfüllen. Wissenschaftspolitiker täten gut daran, auf eine Veränderung der Prioritäten im Gesamthaushalt zugunsten der Wissenschaft zu drängen. Seine Fraktion plädiere für eine Schwerpunktsetzung in einigen Bereichen - dazu zähle der der Wissenschaft - und zum Ausgleich für Einsparungen in anderen.

Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE) widerspricht dem von Herrn Apostel gezeichneten, rosigen Bild von der Situation der Hochschulen. Die Zuwachsraten begrüße er, doch seien sie auf einem zu niedrigen Niveau aufgebaut.

Ausschuß für Wissenschaft und Forschung
6. Sitzung

17.01.1991
ni-pr

Zur Beurteilung eines Haushalts könnten im übrigen nicht allein die Zuwachsraten eines Jahres dienen. Vielmehr müßten als Kriterien die vorhandenen Aufgaben und die Prüfung der Frage, ob das Land genügend Mittel zu ihrer sachgerechten Lösung zur Verfügung stelle, herangezogen werden. Bei dem Gebiet "Hochschule" als einer Kernaufgabe der Landespolitik bedürfe es eines besonders strengen Maßstabes.

Er wünsche sich, daß in diesem Ausschuß nicht parteipolitische Interessen bei der Etatberatung im Vordergrund stehen, sondern "Wissenschaftspolitiker-" und "-politikerinnen" zu Wort kommen mögen, die, falls als notwendig erkannt, sich bemühen sollten, gemeinsam Aufstockungen durchzusetzen.

Die Fraktion DIE GRÜNEN werde sich für eine Umschichtung zugunsten des Einzelplans 06 aussprechen. Denn solange die faktischen Studierendenzahlen fast um das Doppelte über den Studienplatzzielzahlen lägen, verliere das Argument, die Hochschulen seien, bezogen auf die Studienplatzzielzahlen, zu über 90 % ausgebaut, völlig an Wert.

Nach Auffassung der GRÜNEN betreffe ein Schwerpunkt den Ausbau der Fachhochschulen, ein weiterer die Verminderung der im Verpflegungsbereich der Studentenwerke entstandenen Engpässe.

Abgeordneter Dr. Kraft (SPD) kritisiert, Dr. Posdorf bewerte die von der Landesregierung zur Verfügung gestellten Mittel und die eingeleiteten Maßnahmen seit Jahren als zu gering, ohne zu benennen, was er als ausreichend erachtete.

Abgeordneter Retz (SPD) wendet sich an den Vorsitzenden und Dr. Posdorf: Er wisse nicht, woher beide angesichts des durch die Bundesregierung begonnenen "Kahlschlags" den Mut nähmen, eine 9%ige Steigerung im Einzelplan 06 des Landes Nordrhein-Westfalen - eine seines Erachtens exzellente Leistung - derart herunterzureden. CDU- und F.D.P.-Fraktion übten Dauerkritik, ohne konkrete Vorschläge zu unterbreiten.

An Dr. Vesper gerichtet weist Herr Retz darauf hin, daß bei einem zu 100 % durch Bundesgesetze bestimmten Landeshaushalt das Vorlegen eines Wunschzettels

nicht genüge: Wer für bestimmte Bereiche mehr Mittel wolle, müsse Kürzungsmöglichkeiten an anderer Stelle aufzeigen.

Abgeordneter Apostel (SPD) gesteht der Opposition das Recht auf Aufdeckung von Fehlern der Regierung und der Mehrheitsfraktion zu, verwahrt sich aber gegen die Behauptung, er hätte allgemeine Euphorie verbreitet. Er habe lediglich seiner Zufriedenheit darüber Ausdruck verliehen, daß es gelungen sei, den Haushaltsplanentwurf mit solchen Steigerungsraten zu versehen.

Im übrigen habe der Finanzplanungsrat - soviel zu dem Vorwurf der zu niedrigen Zuwächse in den vergangenen Jahren - in den zurückliegenden Jahren aus Gründen der Förderung des Allgemeinwohls immer gefordert, nur Erhöhungen von 3 % in den öffentlichen Haushalten zu veranschlagen. Und trotzdem hätten die Zuwächse im Wissenschaftsetat mehr als 3 % betragen.

Bei dem Wunsch nach mehr Geldern, wie von Dr. Vesper angesprochen, dürften die Fachpolitiker nicht ihre Verantwortung für das Ganze außen vor lassen und hätten zunächst einmal zu prüfen, ob nicht auch mit den veranschlagten Ansätzen sowie dem vorhandenen Personal und der bisherigen Sachausstattung durch Veränderungen bessere Ergebnisse erzielt werden könnten, und zwar in dem Sinne einer Produktion von Qualifikation an den Hochschulen durch die jeweiligen Abschlüsse.

Abgeordneter Dr. Posdorf (CDU) hält den Mitgliedern der SPD-Fraktion vor, wie üblich nur das zu verstehen, was sie wollten, auf das zu antworten, was nicht gefragt worden sei, und Dinge zu widerlegen, die nicht behauptet worden seien.

Als schlicht sachlich falsch bezeichnet Dr. Posdorf die Behauptung, die CDU-Fraktion habe in den letzten Jahren nur Forderungen gestellt, diese aber nie beziffert; ein falsches Argument, welches die Mehrheitsfraktion immer wieder verwende.

Die Forderungen der CDU-Fraktion gründeten sich demgegenüber auf den Realitäten an den Hochschulen Nordrhein-Westfalens. Es wäre für die weitere Beratung vernünftig, gemeinsam von dieser Basis auszugehen und Ansprüche zu belegen und zu beziffern.

Ausschuß für Wissenschaft und Forschung
6. Sitzung

17.01.1991
ni-pr

Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE) wendet sich gegen die parteipolitisch geprägte Schärfe in der Diskussion, die er gerade im Wissenschaftsausschuß für unangebracht halte. Aufgefallen sei ihm dabei die in diesem Ausschuß extrem entwickelte Neigung auf seiten der Mehrheitsfraktion, der Regierung Lob zu spenden, und daß jeder, der Kritik übe, in der Gefahr persönlicher Angriffe stehe. Diesen Stil der Aussprache halte er für entbehrlich; bei den Haushaltsberatungen sollte es einzig und allein um die Sache gehen.

Vorsitzende vermag weder die von Dr. Vesper beschriebene Schärfe noch die Gefahr persönlicher Angriffe zu erkennen.

Abgeordneter Apostel (SPD) meint dazu, er könne sich durchaus vorstellen, weniger scharf miteinander zu verfahren. Die manchmal erforderliche Schärfe allerdings müsse man aushalten, doch sei sie nicht besonders produktiv.

Auch habe er niemals von der Opposition verlangt, ständig die Regierung zu loben. Nur wenn eine allgemeine Aussprache über einen Haushalt in Höhe von 7 Milliarden DM nicht in Gang komme, er dann seine Zufriedenheit über den vorliegenden Entwurf erkläre und sich eine kontroverse Debatte anschließend deshalb ergebe, weil ein Mitglied der Regierungsfraktion es gewagt habe, Zufriedenheit zu signalisieren, müsse er fragen, ob eigentlich Argumente gegenseitig aufgenommen oder nur Anlässe gesucht würden, das loszuwerden, was man hätte längst loswerden wollen.

3 Hochschulausbauprogramm des Landes und Planungen zum 21. Rahmenplan nach dem Hochschulbauförderungsgesetz

! Die **Ministerin** führt dazu aus:

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Es handelt sich insofern um einen Zwischenbericht, als der endgültige Vorschlag des Landes an den Planungsausschuß in Bonn zunächst vom Wissenschaftsministerium und den Hochschulen erarbeitet, dann im Kabinett abgestimmt und schließlich als